



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

40. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. Februar 1986

Nummer 12

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
112	4. 2. 1986	Zweites Gesetz zur Änderung des Wahlkampfkostengesetzes	92
2005	27. 1. 1986	Vierunddreißigste Bekanntmachung der Veränderung der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden	92
2022		Berichtigung der Satzung der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände vom 26. November 1985 (GV. NW. 1986 S. 15)	93
2030	4. 2. 1986	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales	93
203011	28. 1. 1986	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen	94
20303	4. 2. 1986	Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Land Nordrhein-Westfalen	94
20323	27. 1. 1986	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung versicherungsrechtlicher Zuständigkeiten des Innenministers	95
216	20. 1. 1986	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Feststellung der Großen kreisangehörigen Städte und der Mittleren kreisangehörigen Städte, die Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen	95
223		Berichtigung der Bekanntmachung der Neufassung der Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen (Lehramtsprüfungsordnung – LPO) vom 18. November 1985 (GV. NW. S. 777)	95
600	31. 1. 1986	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke und die Regelung erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern im Neugliederungsraum Düsseldorf	95
	4. 2. 1986	Nachtrag zu den Genehmigungsurkunden des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 21. Juli 1908, 26. September 1911 und 15. April 1912 – und den hierzu ergangenen Nachträgen – für den Bau und Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn von Langenfeld über Monheim nach Hitdorf, von Monheim nach Baumberg und von Hitdorf nach Rheindorf	96

112

Zweites Gesetz zur Änderung des Wahlkampfkostengesetzes

Vom 4. Februar 1986

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Wahlkampfkostengesetz vom 15. Dezember 1970 (GV. NW. S. 764), geändert durch Gesetz vom 30. Januar 1979 (GV. NW. S. 26), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes sind Parteien (§ 2 des Parteiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Februar 1984 - BGBl. I S. 242 -), die sich an der Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen beteiligt haben, zu erstatten.“
2. § 1 erhält folgenden neuen Absatz 4 mit folgendem Wortlaut:
„(4) Der Umfang der Erstattungen richtet sich nach § 18 Abs. 6 Parteiengesetz.“
3. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Den Parteien, die bei der jeweils vorausgegangenen Landtagswahl Wahlergebnisse erreicht hatten, die die Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 erfüllt hätten, sind auf Antrag Abschlagszahlungen auf den Erstattungsbetrag zu gewähren. Abschlagszahlungen können im zweiten, dritten und vierten Jahr der Wahlperiode des Landtages sowie im Wahljahr gezahlt werden; sie dürfen jeweils 15 v. H. der Gesamtsumme des nach dem Ergebnis der vorausgegangenen Wahl zu erstattenden Betrages nicht überschreiten.“
4. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Der Präsident des Landtages darf an Parteien Zahlungen nach §§ 1 bis 3 nicht leisten, solange ein den Vorschriften des Sechsten Abschnitts des Parteiengesetzes entsprechender Rechenschaftsbericht beim Präsidenten des Deutschen Bundestages nicht eingereicht worden ist.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Stellvertreter
des Ministerpräsidenten
zugleich als Finanzminister

(L. S.)

Posser

Für den Innenminister
der Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie

Reimut Jochimsen

- GV. NW. 1986 S. 92.

2005

Vierunddreißigste Bekanntmachung der Veränderung der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden

Vom 27. Januar 1986

Zu der Bekanntmachung der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden vom 8. Januar

1983 (GV. NW. S. 10), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 17. Februar 1985 (GV. NW. S. 212), gebe ich gemäß § 10 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), nachfolgende Veränderungen der Bezirke der Landesmittelbehörden und der unteren Landesbehörden bekannt:

In Abschnitt II

„Bezeichnung, Sitz und Bezirk der unteren Landesbehörden“

erhält nachfolgend aufgeführte Nummer 2.10 folgende Fassung:

2.10 Amt für Agrarordnung - Siegen -	Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein
--------------------------------------	-------------------------------------

Die Nummer 5.108 ist zu streichen.

Die bisherigen Nummern 5.109 bis 5.139 werden die Nummern 5.108 bis 5.138.

Die nachstehend aufgeführten Nummern erhalten folgende Fassung:

- | | | |
|-------|----------------------------|---|
| 5.107 | Finanzamt Duisburg-Hamborn | Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke Hamborn, Meiderich-Beek und Walsum |
| 5.109 | Finanzamt Duisburg-West | Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke Homberg-Ruhrort und Rheinhausen und vom Stadtbezirk Innenstadt die Stadtteile Hochfeld, Kaßlerfeld, Neuenkamp und Wanheimerort |
| 5.115 | Finanzamt Kempen | Die Städte Kempen, Nettetal und Tönisvorst und die Gemeinde Grefrath des Kreises Viersen |
| 5.213 | Finanzamt Köln-Altstadt | Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtteile Altstadt-Süd, Deutz und Neustadt-Süd des Stadtbezirks Köln-Innenstadt |
| 5.214 | Finanzamt Köln-Mitte | Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtteile Altstadt-Nord und Neustadt-Nord des Stadtbezirks Köln-Innenstadt |
| 5.215 | Finanzamt Köln-Außenstadt | Vom Erftkreis die Städte Brühl, Frechen, Hürth, Pulheim und Wesseling |
| 5.216 | Finanzamt Köln-Nord | Von der kreisfreien Stadt Köln den Stadtbezirk Köln-Chorweiler ohne die Stadtteile Pesch und Esch/Auweiler, den Stadtbezirk Köln-Ehrenfeld ohne die Stadtteile Bocklemünd/Mengenich und Vogelsang und den Stadtbezirk Köln-Nippes |
| 5.217 | Finanzamt Köln-Ost | Von der kreisfreien Stadt Köln den Stadtbezirk Köln-Kalk ohne den Gebietsteil Heumar des Stadtteils Rath/Heumar und den Stadtbezirk Köln-Mülheim |
| 5.218 | Finanzamt Köln-Süd | Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtteile Klettenberg und Sülz des Stadtbezirks Köln-Lindenthal, den Stadtteil Poll des Stadtbezirks Köln-Porz und den Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen |

- 5.219 Finanzamt
Köln-West
- Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtteile Esch/Auweiler und Pesch des Stadtbezirks Köln-Chorweiler, die Stadtteile Bocklemünd/Mengenich und Vogelsang des Stadtbezirks Köln/Ehrenfeld und den Stadtbezirk Köln-Lindenthal ohne die Stadtteile Klettenberg und Sülz

Die bisherigen Nummern 5.219 bis 5.229 werden die Nummern 5.220 bis 5.230.

Die nachstehend aufgeführte Nummer 5.304 erhält folgende Fassung:

- 5.304 Finanzamt
Beckum
- Vom Kreis Warendorf die Städte Ahlen, Beckum, Drensteinfurt, Ennigerloh, Oelde und Sendenhorst und die Gemeinde Wadersloh

Bei der Nummer 5.307 ist die Bezeichnung „Finanzamt Bochum“ durch die Bezeichnung „Finanzamt Bochum-Mitte“ zu ersetzen.

Als neue Nummer 5.308 ist einzufügen:

- 5.308 Finanzamt
Bochum-Süd
- Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke Süd, Süd-West und Wattenscheid

Die bisherigen Nummern 5.308 bis 5.358 werden die Nummern 5.309 bis 5.359.

Die nachstehend aufgeführten Nummern erhalten folgende Fassung:

- 5.307 Finanzamt
Bochum-Mitte
- Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke Nord, Mitte und Ost
- 5.319 Finanzamt
Gelsenkirchen-Nord
- Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Nord und Ost
- 5.320 Finanzamt
Gelsenkirchen-Süd
- Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Mitte, Süd und West
- 5.322 Finanzamt
Hagen
- Kreisfreie Stadt Hagen
- 5.324 Finanzamt
Hattingen
- Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Städte Hattingen und Sprockhövel
- 5.330 Finanzamt
Iserlohn
- Vom Märkischen Kreis die Städte Balve, Hemer, Iserlohn und Menden
- 5.350 Finanzamt
Wiedenbrück
- Vom Kreis Gütersloh die Städte Gütersloh, Rheda-Wiedenbrück und Rietberg und die Gemeinden Herzebrock-Clarholz, Langenberg und Verl
- 5.351 Finanzamt
Witten
- Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Städte Witten, Herdecke und Wetter (Ruhr)
- 5.355 Finanzbauamt
Iserlohn
- Märkischer Kreis und Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein
- 6.201 Der Leiter des Forstamtes Siegen-Süd der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragter - Siegen -
- Aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein die Stadt Siegen - soweit nicht Bezirk 6.202 - sowie die Gemeinden Burbach, Neunkirchen und Wilnsdorf

- 6.202 Der Leiter des Forstamtes Siegen-Nord der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragter - Siegen -
- Aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein die Städte Freudenberg und Kreuztal, von der Stadt Siegen die im Norden der Gemarkung Buchen liegenden Staatswaldflächen und staatlichen Gemeinschaftswaldflächen, von der Stadt Hilchenbach die zum vereinigten Stift Geseke-Keppel gehörende Waldfläche „Breitenbach“ sowie die Gemeinde Netphen - soweit nicht Bezirk 6.203 -

- 6.203 Staatliches Forstamt - Hilchenbach -
- Aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein die Städte Bad Berleburg, Hilchenbach - soweit nicht Bezirk 6.202 - und Laasphe, die Gemeinde Erndtebrück und von der Gemeinde Netphen die im Nordosten liegenden arrondierten Staatswaldflächen

- 7.104 Staatliches Gewerbeaufsichtsamt - Siegen -
- Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein

- 9.216 Der Geschäftsführer der Kreisstelle Siegen-Wittgenstein der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Landesbeauftragter im Kreise - Erndtebrück -
- Kreis Siegen-Wittgenstein

Düsseldorf, den 27. Januar 1986

Der Ministerpräsident
des Landes Nordrhein-Westfalen

Johannes Rau

- GV. NW. 1986 S. 92.

2022

Berichtigung

Betr.: Satzung der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände vom 26. November 1985 (GV. NW. 1986 S. 15)

In § 4 Abs. 2 muß Satz 3 Halbsatz 1 richtig lauten:

Das Vorschlagsrecht haben die zuständigen kommunalen Spitzenverbände, der Westfälisch-Lippische Sparkassen- und Giroverband sowie der AOK Landesverband Westfalen-Lippe;

- GV. NW. 1986 S. 93.

2030

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vom 4. Februar 1986

§ 1

Die Verordnung über richter- und beamtenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministers für

Arbeit, Gesundheit und Soziales vom 27. November 1982 (GV. NW. S. 781), geändert durch Verordnung vom 11. Januar 1984 (GV. NW. S. 28), wird wie folgt geändert:

1. An § 1 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:
„Abweichend von Satz 1 ist Dienstvorgesetzter der Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit der Präsident des Landesarbeitsgerichts.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die bisherigen Nummern 4. bis 7. durch folgende neue Nummern 4. und 5. ersetzt:
 4. das Oberversicherungsamt Nordrhein-Westfalen auf dessen Leiter,
 5. die Staatl. Gewerbeärzte, die Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsämter, das Staatsbad Oeynhausen, die Zentralstelle für Sicherheitstechnik, Strahlenschutz und Kerntechnik der Gewerbeaufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen, das Sozialpädagogische Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung des Landes Nordrhein-Westfalen auf den Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk die Behörden und Einrichtungen ihren Sitz haben.“
 - b) In Absatz 2 Nr. 1 wird das Wort „LBG“ durch die Wörter „§ 63, 78 b, 85 a, 92 Abs. 4 LBG, §§ 6 a, 6 b LRiG sowie über den Mutterschaftsurlaub (§ 5 a der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen),“ ersetzt.
3. In § 4 Abs. 1 Nr. 2 werden die Wörter „der Landesanstalt für Immissionsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen,“ und die Wörter „der Staatl. Gewerbeaufsichtsämter und“ gestrichen.

§ 2

Die Verordnung tritt am 1. März 1986 in Kraft.

Die Verordnung wird erlassen aufgrund des

1. § 3 Abs. 3 und des § 180 Satz 2 des Landesbeamtengesetzes (LBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Satz 1 des Landesrichtergesetzes (LRiG) vom 29. März 1986 (GV. NW. S. 217), jeweils zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800),
2. § 126 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1985 (BGBl. I S. 462), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. November 1985 (BGBl. I S. 2090), in Verbindung mit § 79 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1685), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523),
3. § 3 Abs. 1 der Verordnung über die Ernennung, Entlassung und Zurruesetzung der Beamten und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni 1978 (GV. NW. S. 286), geändert durch Verordnung vom 1. Juli 1980 (GV. NW. S. 700),
4. § 15 Abs. 2 und des § 34 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355), – insoweit im Einvernehmen mit dem Justizminister –.

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hermann Heinemann

– GV. NW. 1986 S. 93.

203011

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom 28. Januar 1986

Aufgrund des § 16 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800), wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des Amtsanwaltsdienstes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. August 1985 (GV. NW. S. 555) wird wie folgt geändert:

§ 20 wird gestrichen.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 28. Januar 1986

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Rolf Krumsiek

– GV. NW. 1986 S. 94.

20303

Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Land Nordrhein-Westfalen

Vom 4. Februar 1986

Aufgrund des § 86 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1981 (GV. NW. S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen (MuSchVB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Juli 1968 (GV. NW. S. 230), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. Mai 1984 (GV. NW. S. 240), wird wie folgt geändert:

1. § 5 a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 5 wird Satz 2 gestrichen.
 - b) Absatz 8 wird gestrichen.
2. § 11 a wird gestrichen.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft. Auf Beamtinnen, die für vor dem 1. Januar 1986 geborene Kinder anspruchsberechtigt sind, findet die Verordnung über den Mutterschutz in der bis zum 31. Dezember 1985 geltenden Fassung Anwendung.

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Posser

(L. S.)

Für den Innenminister
der Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Reimut Jochimsen

– GV. NW. 1986 S. 94.

20323

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Übertragung
versicherungsrechtlicher Zuständigkeiten des
Innenministers**

Vom 27. Januar 1986

Auf Grund des § 91 Abs. 2 des Sozialgesetzbuchs – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1450), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Übertragung versicherungsrechtlicher Zuständigkeiten des Innenministers vom 8. Dezember 1969 (GV. NW. S. 982) wird wie folgt geändert:

§ 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Die Entscheidungsbefugnis wird nicht übertragen für den Bereich der Landschaftsverbände, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und des Landesverbandes Lippe.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. Januar 1986

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Schnoor

– GV. NW. 1986 S. 95.

216

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Feststellung der
Großen kreisangehörigen Städte und der Mittleren
kreisangehörigen Städte, die Aufgaben der
Jugendhilfe wahrnehmen**

Vom 20. Januar 1986

Aufgrund des Artikels 31 Nr. 1 und Nr. 2 Satz 5 des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform (1. FRG) vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 290), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Feststellung der Großen kreisangehörigen Städte und der Mittleren kreisangehörigen Städte, die Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen, vom 26. August 1980 (GV. NW. S. 824) wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

§ 1

Die nachfolgend aufgezählten Großen kreisangehörigen Städte und Mittleren kreisangehörigen Städte nehmen die Aufgaben der Jugendhilfe wahr:

Ahaus, Ahlen, Alsdorf, Arnsberg, Bad Oeynhausen, Bekum, Bergheim, Bergisch-Gladbach, Bergkamen, Bocholt, Castrop-Rauxel, Datteln, Dinslaken, Dormagen, Dorsten, Dülmen, Düren, Emmerich, Emsdetten, Ennepetal, Erftstadt, Erkelenz, Erkrath, Eschweiler, Frechen, Geldern, Gevelsberg, Gladbeck, Goch, Greven, Grevenbroich, Gronau (Westf.), Gütersloh, Haan, Haltern, Hattingen, Heiligenhaus, Hemer, Herford, Herten, Hilden, Ibbenbüren, Iserlohn, Kaarst, Kamen, Kamp-Lintfort, Kempen, Kleve, Langenfeld (Rhld.), Lemgo, Lüdenschied, Lünen, Marl, Meerbusch, Menden (Sauerland), Mettmann, Minden, Moers, Monheim, Neuss, Oer-Erkenschwick, Paderborn, Plettenberg, Ratingen, Recklinghausen, Rheinberg, Rheine, Schwelm, Schwerte, Selm, Siegen, Soest, Stolberg (Rhld.), Troisdorf, Unna, Velbert, Viersen, Voerde (Niederrhein), Waltrop, Werne, Wesel, Wetter (Ruhr), Witten, Würselen.

2. § 2 erhält folgende Fassung:

§ 2

Die nachfolgend aufgezählten Gemeinden behalten die Aufgaben der Jugendhilfe gemäß Artikel 31 Nr. 1 des 1. FRG bis längstens zum 31. Dezember 1990:

Altena, Herdecke, Werdohl und Wülfrath.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

Düsseldorf, den 20. Januar 1986

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Heinemann

– GV. NW. 1986 S. 95.

223

Berichtigung

Betr.: Bekanntmachung der Neufassung der Ordnung der Ersten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen (Lehramtsprüfungsordnung – LPO) vom 18. November 1985 (GV. NW. S. 777)

§ 34 ist wie folgt zu berichtigen:

- a) In Absatz 1 Satz 1 ist das Wort „zweifach“ durch das Wort „vierfach“ und das Wort „einfach“ durch das Wort „zweifach“ zu ersetzen.
- b) In Absatz 1 Satz 2 ist das Wort „einfach“ durch das Wort „dreifach“ zu ersetzen.
- c) In Absatz 2 Satz 2 ist das Wort „einfach“ durch das Wort „zweifach“ zu ersetzen.

– GV. NW. 1986 S. 95.

600

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die
Bestimmung der Bezirke und die Regelung
erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern im
Neugliederungsraum Düsseldorf**

Vom 31. Januar 1986

Aufgrund des § 17 Abs. 1 und Abs. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Finanzministers zur Regelung zentraler Zuständigkeiten in der Steuerverwaltung vom 29. Februar 1972 (GV. NW. S. 35), wird verordnet:

Artikel I

In der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke und die Regelung erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern im Neugliederungsraum Düsseldorf vom 4. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1541), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Dezember 1985 (GV. NW. S. 738), wird in Artikel I an § 16 angefügt:

„§ 17

Dem Finanzamt Mönchengladbach-Mitte wird die Zuständigkeit für die Verwaltung der Grunderwerbsteuer sowie der Rennwett- und Lotteriesteuer für den Bezirk des Finanzamts Mönchengladbach-Rheydt übertragen.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. März 1986 in Kraft.

Düsseldorf, den 31. Januar 1986

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Posser

- GV. NW. 1986 S. 95.

**Nachtrag
zu den Genehmigungsurkunden des
Regierungspräsidenten Düsseldorf vom
21. Juli 1908, 26. September 1911 und 15. April 1912
- und den hierzu ergangenen Nachträgen -
für den Bau und Betrieb einer
nebenbahnähnlichen Kleinbahn von Langenfeld
über Monheim nach Hitdorf, von Monheim nach
Baumberg und von Hitdorf nach Rheindorf**

Vom 4. Februar 1986

Auf Grund des § 21 Abs. 2 des Landeseisenbahngesetzes vom 5. Februar 1957 (GV. NW. S. 11), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 806), entbinde ich hiermit die Bahnen der Stadt Monheim GmbH in 4019 Monheim mit sofortiger Wirkung für dauernd von der Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes auf dem Streckenabschnitt von Leverkusen-Hitdorf (Bahn-km 7,370) bis zum Streckenende in Leverkusen-Rheindorf.

Zugleich genehmige ich den Rückbau der Eisenbahnanlagen dieser Teilstrecke.

Das Eisenbahnunternehmensrecht der Bahnen der Stadt Monheim GmbH wird gemäß § 24 Abs. 1 Nr. 3 des Landeseisenbahngesetzes insoweit mit Wirkung ab 1. März 1986 für erloschen erklärt.

Düsseldorf, den 4. Februar 1986

Der Minister
für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag

Hilker

- GV. NW. 1986 S. 96.

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 8888/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,— DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 8888/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-5359